

Abo Berner Finanzpolitik

Jetzt diskutiert der Stadtrat über höhere Steuern

Die Finanzen der Stadt Bern kommen mit dem Budget 2024 wieder aufs politische Parkett. Ein Tabubruch von links aussen dürfte für Aufregung sorgen.



Carlo Senn
Publiziert heute um 06:00 Uhr

36



Mehr Schülerinnen und Schüler brauchen auch zusätzliches Lehrpersonal – das kostet.
Foto: Raphael Moser

«Money, money, money, must be funny...», singen Abba in ihrem Welthit. Um Geld und deren Verwendung geht es auch in Bern diesen Donnerstag im Stadtparlament. Die Finanzlage ist angespannt, reich ist die Stadt nicht. Der Berner Finanzdirektor Michael Aebersold (SP) rechnet für 2024 bei einem Budget von rund 1,3 Milliarden Franken mit einem Defizit von über 37 Millionen.

Doch ist das überhaupt tragisch? Und wie sieht es in den nächsten Jahren aus? Droht den Bernern bald eine Steuererhöhung? Diese Zeitung bietet vor der Debatte eine Übersicht über die wichtigsten Themen der Berner Finanzpolitik.

1

Die roten Zahlen

Das Minus im Budget 2024 und den kommenden Jahren liegt besonders an den folgenden Gründen: 47 neue von der Stadt finanzierte Stellen, Klimamassnahmen, Zinswende, Lastenausgleich und ein buchhalterischer Effekt.

20 neue Stellen entstehen allein in der Direktion für Bildung, Soziales und Sport von Gemeinderätin Franziska Teuscher (GB). Es handelt sich vorwiegend um Lehrerinnen oder Hauswartinpersonal für den neu geschaffenen Schulraum.

Fast 10 weitere Stellen will die Stadt für neue Klimamassnahmen schaffen – etwa für den Ausbau der Fernwärme – dies gemäss Wunsch des Stadtrates. Durch die neuen Stellen steigt der Personalaufwand um 9,7 Millionen Franken.

Die Schulden, die in den letzten Jahren aufgrund der Negativzinsen kaum ins Gewicht fielen, werden nun zur Belastung. Dafür sorgt die Zinswende der Nationalbank. Beschafft sich die Stadt Bern Kredite, um Investitionen oder laufende Rechnungen zu zahlen, muss sie voraussichtlich höhere Zinsen als bisher zahlen, die Behörden rechnen im Schnitt mit 1,2 Prozent auf die laufenden Schulden. Das sorgt für zusätzliche Abgaben von 6,6 Millionen Franken.

Weiter muss die Stadt 3,4 Millionen Franken mehr in den Lastenausgleich einzahlen.

Speziell zu erwähnen ist auch, dass ein buchhalterischer Gewinn aus den letzten Jahren wegfällt: Die Stadt musste aufgrund neuer Vorgaben beim Fonds für Boden- und Wohnbaupolitik die Gebäude höher bewerten, nämlich zum Verkehrswert statt zum Buchwert. Diese fast 45 Millionen über mehrere Jahre haben die Rechnung in den letzten drei Jahren stark verbessert und fallen ab 2024 weg.

Dieser Effekt erklärt, wieso die Stadt Bern nach einem positiven Rechnungsabschluss für das Jahr 2022 nun wieder ein Defizit erwartet.

2

Der Mahnfinger der Finanzkommission

Die 2023 neu geschaffene Finanzkommission hat sich jüngst über das Budget gebeugt. Sie empfiehlt das Budget 2024 zur Annahme. Deren Präsident Lukas Gutzwiller von der GFL/EVP-Fraktion geht davon aus, dass das Budget durchkommt. Allerdings nur, wenn das Defizit durch den Stadtrat mit zusätzlichen Ausgaben nicht noch wesentlich erhöht werde.

Das Gremium hat jedoch nicht alles einfach durchgewunken: Es fordert einstimmig, dass der Gemeinderat bei den Investitionen bis 2031 über die Bücher geht. Das Hauptproblem aus Sicht der Kommission: Die steigende Schuldenlast in den nächsten Jahren.

Schulden der Stadt Bern

In Milliarden Franken, per Jahresende. Ab 2023 Prognosen.



Grafik: bit; Quelle: Finanzverwaltung Stadt Bern; Daten herunterladen

Die Investitionen im Umfang von 1,4 Milliarden Franken in den nächsten 8 Jahren seien ohne Neuverschuldung nicht zu bewältigen. Zudem sei gemäss Gutzwiller fraglich, ob das vorhandene Personal so viele Projekte gleichzeitig stemmen kann. Deshalb sollen nun Investitionen priorisiert werden. Das soll ab 2025 das Budget der Stadt entlasten.

3

Die Deutungshoheit über die Finanzlage

Wie schlimm (oder gut) es um die Stadtberner Finanzen steht, ist auch eine Frage der politischen Deutung.

Die SVP findet die Finanzlage prekär, die Finanzen seien «ungebremst aus dem Lot», wie die Partei schreibt. Sie will deshalb für 2024 ein massives Sparpaket, um ein Defizit zu verhindern – und fordert deshalb die Rückweisung des aktuellen Budgets. Die Volkspartei befürchtet eine Steuererhöhung.

Ähnlich sieht es bei der FDP aus, die ebenfalls findet, die Stadt müsse mehr sparen. Einige fordern zudem, dass nicht wie geplant 2026 ein weiteres Sparpaket kommt, sondern bereits 2025.

Bei der rot-grünen Mehrheit dürften die Forderungen allerdings aussichtslos sein.

Nicht ganz so schlimm sieht es die grösste Berner Partei, die SP. Allerdings empfiehlt auch Gemeinderat Michael Aebersold für 2026 ein Sparpaket und mahnt regelmässig.

Ganz eine andere Deutung macht das Grüne Bündnis: Co-Präsidentin Ursina Anderegg kritisierte kürzlich «die pessimistische Budgetpolitik der Stadtregierung» in der «Hauptstadt»⁷. «Wenn man die realen Zahlen betrachtet, steht die Stadt finanziell gut da», sagte sie.

4

Der Tabubruch von links aussen

Trotz der angespannten Finanzlage hat sich Finanzdirektor Michael Aebersold nie für eine Steuererhöhung ausgesprochen.

Nun kommt allerdings von linker Seite der Vorschlag, die Steuern zu erhöhen. So stellt die Partei Alternative Linke (AL) den Antrag, die Steueranlage in der Stadt von 1,54 auf 1,7 zu erhöhen. Dies entspricht den kantonalen Durchschnitt. Zudem stellt die Partei den Antrag, die unterste Einkommensklasse zu entlasten.

Aus Sicht von AL-Stadtrat Raffael Joggi wolle man damit «die logischen Möglichkeiten offenhalten». Es gehe auch darum, mehr Einnahmen zu generieren und nicht nur auf der Ausgabeseite zu sparen. Tatsächlich hat die Stadt Bern mit 1,54 einen im Kanton unterdurchschnittlichen Steuersatz. Gemäss Berechnungen der Stadt würde die Erhöhung zusätzlich rund 50 Millionen Franken in die Staatskasse spülen.

Der Vorschlag dürfte allerdings im Parlament chancenlos sein, die SP kündigt auf Anfrage an, den Antrag abzulehnen.

Ein weiterer Antrag dürfte ebenfalls zu reden geben: Die AL will den Beitrag an die Reitschule erhöhen. Die Betreiber des Kulturzentrums verweisen auf höhere Energiekosten – nun sei man auf eine höhere Abgeltung von zusätzlichen 60'000 Franken angewiesen.

5

Die verfehlten Finanzziele

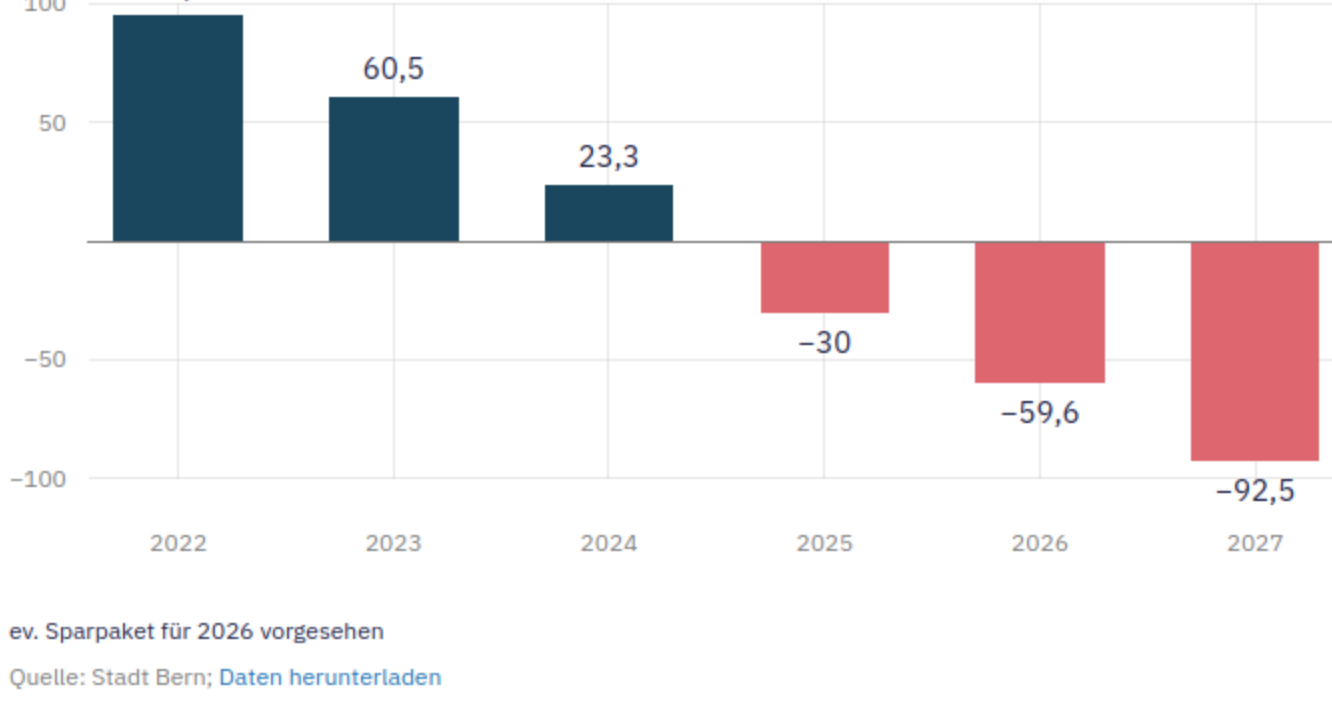
Das Parlament nimmt am Donnerstag auch von der langfristigen Finanzplanung 2022 bis 2027 Kenntnis. Im Jahre 2021 hat der Gemeinderat eine Finanzstrategie erarbeitet und verabschiedet. Mehrere darin enthaltenen Ziele verfehlt die Stadt klar.

So resultiert für die Periode von 2022 bis 2027 ein Wert von 33,7 Prozent Selbstfinanzierung. Das gilt im Papier der Stadt als klar ungenügend. Der Grund: Bereits bei einem Wert unter 100 Prozent steigen die Schulden. Dies dürfte besonders am weiterhin hohen Investitionsbedarf in den nächsten Jahren liegen (Beispielsweise Neubau und Renovation von Schulen und Schwimmhallen).

Allerdings ist es wahrscheinlich, dass die Stadt nicht alle Investitionen so rasch wie gewünscht realisieren kann, womit sich der Wert verbessern würde.

Defizite fressen das Reinvermögen auf

Das Reinvermögen (auch Eigenkapital genannt) sinkt voraussichtlich wegen der Defizite.



ev. Sparpaket für 2026 vorgesehen
Quelle: Stadt Bern; Daten herunterladen

Bei wirtschaftlich schwierigen Zeiten ist es ratsam, ein Polster zu haben, wie beispielsweise die Corona-Krise oder die Pandemie, die etwa Baukosten und Personalausgaben teurer gemacht hat. Um gewappnet zu sein, wollte die Stadtregierung deshalb Reserven von 120 bis 180 Millionen Franken halten. Gemäss Finanzplan ist die Reserve jedoch wegen der Defizite bereits 2024 weitgehend aufgebraucht, und die Rechnung wird danach ins Minus rutschen.

Ob es auch so kommt, muss sich aber noch zeigen. Finanzplanungen sind anspruchsvoll, und gerade äussere Einflüsse können beispielsweise die Einnahmen einer Stadt stark verändern: 2022 und 2021 war die effektive Rechnung besser als im Budget berechnet, 2020 allerdings schlechter.

6

So geht es jetzt weiter

Das Budget hat gute Chancen, durchzukommen. Nach der Abstimmung über das Budget 2024 dürfte die längerfristige Finanzplanung – also von 2025 bis 2027 – in der Finanzkommission zu reden geben. Dann verlangt sie wohl konkrete Vorschläge, wie Präsident Gutzwiller von der GFL/EVP sagt. Danach muss auch das Volk noch seinen Segen geben: Jeweils im November stimmen die Bernerinnen und Berner über das Budget ab.



Carlo Senn ist freier Journalist und schreibt als Reporter über aktuelle Themen in der Region Bern. [Mehr Infos](#)